

Schallenberg drängt auf EU-Integration: Westbalkan bis 2030 dabei!

Österreichs Kanzler Schallenberg diskutiert mit Außenministern in Rom über EU-Integration des Westbalkans und Migration.



Rom, Italien - In Rom traf sich am Montag der österreichische Interimskanzler Alexander Schallenberg mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zu einer entscheidenden Besprechung über die zukünftige EU-Integration des Westbalkans. Schallenberg betonte, dass die Erweiterung der Europäischen Union nicht nur eine Frage der geopolitischen Stabilität sei, sondern auch eine essenzielle Sicherheitsfrage für Europa und insbesondere für Österreich. „Entweder wir exportieren Stabilität und Sicherheit oder wir laufen Gefahr, Instabilität zu importieren“, erklärte er, während er auch die Initiative der Gruppe „Freunde des Westbalkans“ vorstellte, die 2023 ins Leben gerufen wurde, um die schrittweise Integration dieser Region in die EU voranzutreiben, wie auch **krone.at**

berichtete.

Wichtige Themen der Verhandlungen

Die Gespräche drehten sich nicht nur um die Integration des Westbalkans, wo Schallenberg anstrebt, dass alle Länder der Region bis 2030 Mitglied der EU werden, sondern auch um bedeutende bilaterale Themen. Die beiden führenden Politiker erörterten die Herausforderungen im Bereich Migration sowie Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. „Italien ist für uns ein unverzichtbarer Partner“, so Schallenberg, der die strategischen Beziehungen zu Italien als Grundlage für ein starkes Europa unterstrich, das sich entschlossen den aktuellen Herausforderungen stellt, wie **kleinezeitung.at** berichtete.

Eine weitere herausfordernde Thematik war die Lage am Brenner und die Weiterentwicklung der Südtirol-Autonomie. Schallenberg betonte, dass die Probleme am Brenner nur im Dialog gelöst werden können, und forderte eine Umsetzung der Fortschritte bei der Autonomiereform in Südtirol. Diese Diskussion verdeutlichte die enge Verbindung zwischen den beiden Nationen, während sie gemeinsam an einer stabilen und integrativen EU arbeiten.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Rom, Italien
Quellen	• www.krone.at • www.kleinezeitung.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at